

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**17. Oktober 2022
1 von 4**Silvesterfeiern neugestalten**
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.19.554 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Alternative Angebote für Silvesterfeuerwerk können dazu beitragen, Menschen, Tiere und Umwelt zu schützen, Brände zu verhindern und die Feinstaubbelastung zu senken. Zudem kann Feuerwerk für Menschen mit Kriegstraumata eine große Belastung darstellen. Um es also allen zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern, wird der Magistrat gebeten, alle sinnvoll umsetzbaren rechtlichen Möglichkeiten schnellstmöglich auszuschöpfen, um privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren und stattdessen alternative Angebote zu ermöglichen.

Der Magistrat soll innerhalb der ersten sechs Monate nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in einer Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie hierzu berichten.

Zudem soll der Magistrat über die Gremien des Deutschen Städtetages auf den Bundesgesetzgeber einwirken, dass dieser eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen herbeiführt, mit dem Ziel, den Kommunen die Entscheidungsbefugnis über allgemeine Verbote einzuräumen.

➤ Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Alternative Angebote für Silvesterfeuerwerk können dazu beitragen, Menschen, Tiere und Umwelt zu schützen, Brände zu verhindern und die Feinstaubbelastung zu senken. Zudem kann Feuerwerk für Menschen mit Kriegstraumata eine große Belastung darstellen. Um es also allen zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern, wird der Magistrat gebeten, alle sinnvoll umsetzbaren rechtlichen Möglichkeiten schnellstmöglich auszuschöpfen, um privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren und stattdessen alternative Angebote zu ermöglichen.

Um es allen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern, wird der Magistrat gebeten, zu prüfen, ob es umsetzbare rechtliche Möglichkeiten gibt, privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren und alternative Angebote zu ermöglichen.

2 von 4

Der Magistrat ~~so~~ **wird gebeten** innerhalb der ersten sechs Monate nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in einer Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie ~~hierzu~~ berichten.

Zudem ~~so~~ **wird** der Magistrat **gebeten**, über die Gremien des Deutschen Städtetages auf den Bundesgesetzgeber einwirken, dass dieser eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen herbeiführt, mit dem Ziel, den Kommunen die Entscheidungsbefugnis über allgemeine Verbote einzuräumen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, Die Linke (1), Stadtverordneter Düsterdieck

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, FDP, AfD, Stadtverordnete Klobuczynski, Dr. Hoppe und Rieger

Enthaltung: Die Linke (5)

Abwesend: Stadtverordnete Gleuel
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion betr. Silvesterfeiern neugestalten, 101.19.554, wird **abgelehnt**.

➤ **Geänderter Antrag vom 29. September 2022**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

~~Alternative Angebote für Silvesterfeuerwerk können dazu beitragen, Menschen, Tiere und Umwelt zu schützen, Brände zu verhindern und die Feinstaubbelastung zu senken. Zudem kann Feuerwerk für Menschen mit Kriegstraumata eine große Belastung darstellen. Um es also allen zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern, wird der Magistrat gebeten, alle sinnvoll umsetzbaren rechtlichen Möglichkeiten schnellstmöglich auszuschöpfen, um privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren und stattdessen. **Zusätzlich sollen** alternative Angebote zu ermöglichen ~~ermöglicht werden, sobald es die Lage des Energiemarktes erlaubt.~~~~

Der Magistrat ~~so~~ **wird gebeten** innerhalb der ersten sechs Monate nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in einer Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie hierzu **zu** berichten.

Zudem soll **wird** der Magistrat **gebeten** über die Gremien des Deutschen Städtetages auf den Bundesgesetzgeber einwirken, dass dieser eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen herbeiführt, mit dem Ziel, den Kommunen die Entscheidungsbefugnis über allgemeine Verbote einzuräumen.

➤ **Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum geänderten Antrag der Fraktion B90/Grüne vom 29. September 2022**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Um es allen zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern, wird der Magistrat gebeten, alle sinnvoll umsetzbaren rechtlichen Möglichkeiten schnellstmöglich auszuschöpfen, um privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren. Zusätzlich sollen alternative Angebote ermöglicht werden, **sobald soweit** es die Lage des Energiemarktes erlaubt.

Der Magistrat wird gebeten, innerhalb der ersten sechs Monate nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in einer Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie hierzu zu berichten.

Zudem wird der Magistrat gebeten, über die Gremien des Deutschen Städtetages auf den Bundesgesetzgeber einzuwirken, dass dieser eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen herbeiführt, mit dem Ziel, den Kommunen die Entscheidungsbefugnis über **allgemeine Verbote generelle Einschränkungen** einzuräumen.

➤ **Geänderter Antrag vom 17. Oktober 2022**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Um es allen zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern, wird der Magistrat gebeten, alle sinnvoll umsetzbaren rechtlichen Möglichkeiten schnellstmöglich auszuschöpfen, um privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren. Zusätzlich sollen alternative Angebote ermöglicht werden, **soweit** es die Lage des Energiemarktes erlaubt.

Der Magistrat wird gebeten, innerhalb der ersten sechs Monate nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in einer Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energie hierzu zu berichten.

Zudem wird der Magistrat gebeten, über die Gremien des Deutschen Städtetages auf den Bundesgesetzgeber einzuwirken, dass dieser eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen herbeiführt, mit dem Ziel, den Kommunen die Entscheidungsbefugnis über **generelle Einschränkungen** einzuräumen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU, Die Linke, FDP,

Stadtverordnete Klobuczynski, Dr. Hoppe, Rieger und Düsterdieck

Ablehnung: AfD (3)

Enthaltung: AfD (1)

Abwesend: Stadtverordnete Gleuel
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der Fraktion B90/Grüne vom 17.10. 2022 betr.
Silvesterfeiern neugestalten, 101.19.554, wird **zugestimmt**.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin